

Auf Autopilot

Journalismus in schwierigen Zeiten. *Von Claudia Nothelle*

Wir haben eine lange Nacht und einen langen Tag hinter uns. Es ist das passiert, was wir alle befürchtet haben – und doch nie so recht glauben konnten. Ein Attentat auf einem Berliner Weihnachtsmarkt. Dieser Anschlag trifft: mitten ins Herz der Hauptstadt, ins Herz der Berliner, der Deutschen.

Und wir – der rbb, der zuständige Sender in der ARD? Es gibt Situationen, in denen agieren Journalist_innen auf Autopilot. Sie agieren, sie funktionieren – aber sie haben weder die Zeit noch die nötige Distanz, ihr Handeln zu reflektieren, ihre Kriterien zu überdenken. Als Reporterin habe ich selbst eine solche Situation vor vielen Jahren am Gutenberggymnasium in Erfurt erlebt.

Dennoch wird in den nächsten Tagen die Debatte hochkochen, welche Rolle die Medien – die öffentlich-rechtlichen wie die kommerziellen – an diesem Abend und in den darauffolgenden Tagen spielen. Da gibt es die Frage nach der Tonalität: Panikmache? Zu viel Spekulation? Klischees? Zu langsam? Zu ungenau? Zu ausführlich? Die Fragen müssen beantwortet werden – in jedem Fall neu, in jedem Fall gründlich durchdacht.

Aber: Die Frage nach einer Gemeinwohlorientierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist viel grundsätzlicher, sie stellt sich losgelöst von aktuellen Ereignissen und Themenlagen. Welchen Beitrag leistet der öffentlich-rechtliche Rundfunk für das Gemeinwohl? Oder ist er überflüssig – braucht die Gesellschaft diesen Rundfunk vielleicht gar nicht? Oder müsste er anderes, müsste er mehr leisten?

Immer wieder erreicht uns die Frage, was denn die eine oder andere Sendung konkret mit dem öffentlich-rechtlichen Auftrag zu tun habe? Warum so viel Sport, so viel Fußball? Warum immer wieder Krimis, warum Unterhaltung? Und der öffentlich-rechtliche Auftrag, das meint dann meistens so viel

*Dr. Claudia Nothelle
war bis Ende 2016
Programmdirektorin
des Rundfunks Berlin-
Brandenburg.*

wie „Gemeinwohlorientierung“. Gerade durch die Umstellung der Finanzierung hin zur Haushaltsabgabe wird uns die Frage viel drängender gestellt.

Denn die Berechtigung für ein von allen finanziertes öffentlich-rechtliches Rundfunksystem entsteht vor allem durch seinen Beitrag zum Gemeinwohl. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk unterliegt weder privatwirtschaftlichen noch staatlichen Interessen, sondern dient allein dem Gemeinwohl. Soweit die Theorie. Doch wie lässt sich dieses Gemeinwohl im Alltag

Orientierung am Gemeinwohl heißt nicht nur die Interessen der Mehrheit verfolgen, sondern auch: den Minderheiten eine Stimme geben.

fassen? Was bedeutet diese Verpflichtung? Zunächst die verlässliche Grundversorgung: die Gewissheit, dass die aus dem Rundfunkbeitrag finanzierten Programme zuverlässig über das berichten, was die Gesellschaft bewegt – in der Region, im Land und in der

Welt. Grundversorgung, das wissen wir seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1986, ist weitaus mehr als eine Minimalversorgung. Es geht darum, dass die öffentlich-rechtlichen Sender die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen und Orientierungshilfe bieten.

Orientierung am Gemeinwohl heißt aber nicht, dass immer nur die Interessen der Mehrheit im Blick sind. Ganz im Gegenteil: als Sender, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist, geht es immer auch darum, den Minderheiten eine Stimme zu geben: seien es sprachliche Minderheiten, wie in unserer Region beispielsweise die Sorben, seien es religiöse Minderheiten oder soziale, seien es bestimmte Altersgruppen, Lebensformen oder Orientierungen. Gerade weil wir eine Finanzierung unabhängig von unserer Quote haben, können und müssen wir auch Programme machen, die nur eine kleine Gruppe erreichen – und die dennoch von allen finanziert werden. Auch das ist Gemeinwohl.

Trotzdem geht es uns Öffentlich-Rechtlichen genau wie allen anderen Journalist_innen: Wir wollen gesehen, gehört, gelesen werden – das gehört zum Selbstverständnis aller, die etwas veröffentlichen. Aber: Es geht nicht um Quote, um Aufmerksamkeit um jeden Preis. Bei allem, was wir planen, senden und veröffentlichen, muss die Frage mitschwingen: Wen erreichen wir damit? Was erreichen wir? Und wie? Diese Fragen müssen grundlegend gelten: für Nachrichten genau wie für Sportübertragungen, für Unterhaltungssendungen wie für Krimis. Mit diesen Überlegungen im Hinterkopf dürfte es schwerer werden, Sendungen zu verantworten, die beispielsweise rein auf

dem Prinzip der Schadenfreude beruhen. Oder aber Hass und Gewalt eine Plattform zu bieten. Oder Diskriminierung. Schon aus unserer Geschichte heraus haben wir eine Verpflichtung: Entstanden nach den schrecklichen Erfahrungen der Nazizeit nach dem Vorbild der BBC sind wir durchaus in der Verpflichtung, die Demokratie vor Augen zu haben, der wir unsere Existenz verdanken.

Und das hat ganz praktische Folgen: Wenn wir über andere politische Systeme berichten, über Menschenrechtsverletzungen, über Unfreiheiten – dann doch auf dem Boden der Gesellschaft, die uns Freiheit, die uns sehr individuelle Lebensvorstellungen, die uns Vielfalt ermöglicht. Das bringt uns den Vorwurf ein, Teil des Systems zu sein. Die Medien sind in den Augen der Kritiker ein Teil von „denen da oben“, gegen die sich ein nicht näher definiertes Volk angeblich wehren muss. Das dann jedoch wäre alles andere als Gemeinwohlorientierung – und führt in den Redaktionen zu langen Diskussionen. Was tun, um die Unabhängigkeit der Berichterstattung glaubwürdig zu vermitteln? Wie für Transparenz sorgen und damit Glaubwürdigkeit zurückgewinnen? Journalist_innen sehen sich mehr und mehr vor die Aufgabe gestellt, ihre Vorgehensweise zu erläutern und auch eine Metaebene zu transportieren. Als kürzlich die Polizei einen in einem Mordfall tatverdächtigen minderjährigen Afghanen in Freiburg festgenommen hat, stellte sich der Chefredakteur der „Tagesschau“ auf „Facebook“ den Fragen seines Publikums. Warum, so lauteten die drängenden Fragen, habe die „Tagesschau“ um 20 Uhr nicht darüber berichtet? Weil, so die Antwort, die „Tagesschau“ auch sonst nicht über jeden Mord berichtet. Auch wenn, so meine Überzeugung, der Mord gerade durch diese Konstellation doch eine andere Relevanz bekommen hat.

Spätestens seit den Silvestervorfällen in Köln stehen Medien unter Generalverdacht, wir öffentlich-rechtlichen ganz besonders. Wir, so lautet der Vorwurf, seien unkritischer Bestandteil der „Wir-schaffen-das-Politik“ der Kanzlerin. Und dann wird uns gern der Satz von Hans-Joachim Friedrichs vorgehalten, dass ein Journalist sich mit keiner Sache gemein mache, auch nicht mit einer guten. Ich bin mir inzwischen mit vielen Kolleg_innen einig: So absolut hat der Satz keine Berechtigung in unseren Augen. Journalist_innen dürfen, ja müssen manches Mal Partei ergreifen: wenn Menschenrechte ver-

*Seit der Kölner Silvesternacht
wird den Medien vorgeworfen,
unkritischer Bestandteil der
„Wir-schaffen-das-Politik“ zu sein.*

letzt werden, wenn Demokratien gefährdet sind, wenn Gewalt eskaliert. Das heißt nicht im Umkehrschluss, keine kritischen Nachfragen an die Verantwortlichen zu stellen. Es heißt jedoch, dass Journalist_innen Haltung zeigen dürfen, in manchen Fällen sogar zeigen sollen.

Eine solche Selbstvergewisserung ist notwendig – für die einzelnen Journalist_innen, aber auch für uns als Sender. Welchen Beitrag leisten wir zum Gemeinwohl? Was ist unsere Aufgabe? Wo liefern wir die Basisinformation, wo exklusive Recherche und Aufklärung und wo ermöglichen wir Partizipation? Mit einer solchen Grundausstattung lassen sich Ereignisse wie die auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin besser durchstehen. Nicht dass sie vor Fehlern bewahrt, vor übereilten Fragen oder voreiligen Schlüssen – aber sie kann zumindest als Kompass dienen, wenn der Autopilot das Ziel nicht kennt.